

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

Wahlplattformen Parteien – Eidgenössische Wahlen 2011

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Bühlmann, Marc

Bevorzugte Zitierweise

Bühlmann, Marc 2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Wahlplattformen Parteien – Eidgenössische Wahlen 2011, 2011*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 17.05.2025.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Grundlagen der Staatsordnung	1
Wahlen	1
Eidgenössische Wahlen	1

Abkürzungsverzeichnis

Allgemeine Chronik

Grundlagen der Staatsordnung

Wahlen

Eidgenössische Wahlen

WAHLEN
DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Die **EVP** präsentierte ihre Wahlziele auf einer A4-Seite auf welcher Religionsfreiheit, ein Ende der „Familienstrafe“ (in Steuersachen), Schuldenabbau, ein Stopp des Krankenkassenprämienwachstums und des Energieverbrauchs gefordert wurden. Darüber hinaus wollte sich die EVP für die Halbierung der weltweiten Armut einsetzen. Ziel der **CSP** war die Verteidigung ihres Sitzes. Sie trat mit Marie-Thérèse Weber-Gobet (FR) an, die 2010 für Hugo Fasel nachgerutscht war. In den Kantonen Genf und Waadt trat das **Mouvement Citoyens Romand (MCR)** an, eine in Genf gegründete Bewegung (Mouvement Citoyens Genevois) die sich mit scharfen Protesten gegen Grenzgänger nicht nur einen Namen gemacht hatte, sondern bei den kantonalen und kommunalen Genfer Wahlen auch viele Stimmen auf sich vereinen konnte. Neben dem Grenzgängerthema machte das MCR in Genf auch mit Aktionen gegen Krankenkassen von sich reden. Trotz erfolgloser Teilnahme an den Wahlen von 2007 wurden die Chancen des MCR für 2011 als intakt betrachtet. Die **Alternative Linke** wollte sich für eine radikale Änderung der Gesellschaft auf antikapitalistischer, ökosozialistischer, demokratischer und feministischer Basis einsetzen und präsentierte Leitplanken für die Umsetzung dieser Idee. Schwerpunkte des Aktionsprogramms der **EDU** waren unter anderem die Glaubensfreiheit (inkl. Durchsetzung des Minarettverbots), Lebensschutz (gegen Abtreibung und gegen Sterbehilfe) und Familienpolitik (private statt staatliche Betreuung). Die **Lega** versprach sich einzusetzen gegen Missbräuche im Asylwesen, bei der Einwanderung und bei den Sozialversicherungen. Zudem solle das Bankgeheimnis geschützt bleiben. Die Sozial-Liberale Bewegung (**SLB**) war nach dem Ausschluss von Ricardo Lumengo aus der SP gegründet worden. Seit Sommer 2011 hatte diese Partei also einen Nationalratssitz inne und durfte deshalb in der Wahlbroschüre des Bundes Werbung für sich machen. Sie schrieb sich dort nachhaltige Energie, respektvolle Migration und bezahlbare Gesundheit auf ihre Fahnen. In sieben Kantonen (GE, BE, ZH, FR, BS, AG, VD) trat auch die **Piratenpartei** an, die auf einen Berliner-Effekt hoffte. Die 2006 in Schweden gegründete Bewegung hatte in der deutschen Hauptstadt bei den Wahlen ins Landesparlament im September 2011 auf Anhieb 15 Sitze gewonnen. Die monothematische Partei mit liberaler Ausrichtung setzt sich für Transparenz und Zensurverbote im Internet ein.¹

WAHLEN
DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Erst Mitte Juni wurde der Wahlkampf der **GLP** gestartet. Ziel war mindestens Fraktionsstärke bzw. der Gewinn von sechs bis acht Nationalratsmandaten und die Verteidigung der beiden Ständeratssitze. In ihrer Medienmitteilung gab die GLP ein Wahlkampfbudget von rund CHF 800'000 an, wobei CHF 600'000 von den kantonalen Sektionen eingesetzt würden. Auch die GLP wollte mit der Lancierung einer Initiative („Energie- statt Mehrwertsteuer“) Wählerinnen und Wähler für sich gewinnen. Zudem schrieben sich die Grünliberalen den Einsatz für mehr Wirtschaftsverantwortung, eine bessere Raumplanung, für mehr Eigenverantwortung und Toleranz, für mehr Lebensqualität und mehr Bildung auf die Fahnen. Die GLP wollte als junge und dynamische Partei Politik für die Allgemeinheit machen statt Partikularinteressen zu verfolgen.²

WAHLEN
DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Mit grossflächigen Wahlinserten, die mit dem Slogan „Aus Liebe zur Schweiz“ versehen waren, hatte die **FDP** bereits Ende 2010 ihren Wahlkampf lanciert. Auch der Freisinn setzte sich den Gewinn von zusätzlichen Wählerprozenten (20%) und Sitzen (+5) zum Ziel. Dieses sollte erreicht werden dank einer stärkeren Fokussierung auf Wirtschaftsthemen. Die Stärkung der Arbeitsplätze, die Sicherung der Sozialwerke und der Abbau von Bürokratie wurden zu den Hauptthemen im Wahlkampf erkoren. Mit ihrer Bürokratieinitiative hatte auch die FDP ein Volksbegehren als Schwungrad für den Wahlkampf lanciert. Ein Potenzial für neue Wählerinnen und Wähler sah der Freisinn insbesondere in den Städten, wo er sich als einzige Alternative zur Linken verortete. Die FDP führte einen teuren Wahlkampf, bei dem sich vor allem ihr Präsident Fulvio Pelli (TI) schon relativ früh mächtig ins Zeug legte.³

WAHLEN
DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Die **CVP** lancierte ihren Wahlkampf im Januar des Berichtjahres. Ziel seien 17% Wähleranteil, die Verteidigung der Sitze im Ständerat und der Gewinn von drei Sitzen im Nationalrat. Als wichtige Wahlkampfthemen wurden die Familien- und Sozialpolitik, die Sicherheitspolitik und die Energiepolitik bestimmt. Familien sollten finanziell entlastet und die AHV dank flexiblen Lösungen langfristig gesichert werden. Eine Armee mit 80'000 Mann und einem 4-Mia.-Budget sowie eine Energiepolitik, welche die Schweiz unabhängiger von ausländischem Öl machen sollte, wurden als Ziele formuliert. Mit dem Slogan „Keine Schweiz ohne uns“ wollte sich die Partei als lösungsorientierte Partnerin präsentieren. Zudem lancierte die CVP zwei Familieninitiativen um zusätzliche Wählerinnen und Wähler für sich zu gewinnen.⁴

WAHLEN
DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Die **SP** lanciert ihren Wahlkampf – vergleichsweise spät – Ende März des Berichtsjahrs. Mit einem Zehnpunkteprogramm unter dem Slogan „Für alle statt für wenige“ wurde auch hier als Ziel die Steigerung der Wahlprozente und der Sitze formuliert. Kernthemen waren die Energiepolitik, die Krankenkasse, existenzsichernde Mindestlöhne, bezahlbarer Wohnraum, Ausbau von Tagesschulen und der flächendeckende Service Publique. Die Bedeutung der Energiepolitik sei nicht erst aufgrund der Atomkatastrophe in Japan in den Katalog aufgenommen worden. Vielmehr hätten die Sozialdemokraten bereits mit ihrer schon 2010 lancierten Cleantech-Initiative den Ausstieg aus der Atomenergie propagiert. Auch die Mindestlohn- und die Krankenkasseninitiative (Einheitskrankenkasse), die Anfang 2011 lanciert worden waren, sollten helfen, Wahlberechtigte zu mobilisieren. Die Wahlkampagne wurde mit den Kantonalsektionen abgesprochen, um einen einheitlichen Auftritt der SP in allen Kantonen zu ermöglichen.⁵

WAHLEN
DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Die **SVP** hatte ihr Parteiprogramm bereits 2010 verabschiedet. Ehrgeiziges Ziel waren 30% Wähleranteil. Dieses sollte mit Hilfe des Slogans „Schweizer wählen SVP“ sowie zwei zentralen Wahlkampfthemen – dem Kampf gegen den EU-Beitritt und gegen die Zuwanderung – erreicht werden. Lokomotive für den Wahlkampf sollte – wie vier Jahre zuvor – eine Initiative gegen die Zuwanderung werden („gegen Masseneinwanderung“). Ein weiteres Ziel war zudem eine bessere Vertretung im Ständerat. Das ehemals bürgerliche Stöckli sei in letzter Zeit zu „europäisch“ und „heimatmüde“ geworden, rechtfertigte Parteipräsident Brunner an der Delegiertenversammlung im Januar die Idee, in allen Kantonen mit eigenen Kandidaten antreten zu wollen. Für einigen Wirbel sorgte der Umstand, dass Alt-Bundesrat Christoph Blocher wieder antrat. Er kandidierte in Zürich sowohl für den Nationalrat wie auch für den Ständerat. Ende August unterzeichneten die rund 200 National- und Ständeratskandidatinnen und -kandidaten der SVP symbolisch einen Vertrag mit dem Volk, in welchem sie versprachen, sich gegen die EU, für eine Beschränkung der Zuwanderung und für die Ausschaffung krimineller Ausländer einzusetzen.⁶

WAHLEN
DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Die **Grünen** setzten sich nach eigenen Aussagen eher bescheidene Ziele: Die Erhöhung des Wähleranteils auf 10% sowie der Gewinn von drei zusätzlichen Nationalrats- und einem zusätzlichen Ständeratsmandat. Noch vor der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima beschlossen die Grünen, den Kampf gegen AKW zum Hauptthema ihrer Wahlkampagne zu machen, wäre doch für die neue Legislatur die Planung weiterer Atomkraftwerke geplant gewesen. Zwar wurden auf die Wahlplattform auch weitere Themen, etwa der Schutz der Grundrechte, aufgenommen; die Partei wollte jedoch insbesondere mit ihrem Kernthema Umweltschutz mobilisieren, für das sie gemäss Umfragen auch als kompetent beurteilt wurde. Für zusätzliche Aufmerksamkeit sollte unter dem Slogan „Echt grün, echt stark“ die Lancierung zweier Initiativen sorgen: die Atomausstiegsinitiative und die Initiative „Grüne Wirtschaft“, die einen drastischen Rückgang der Nutzung natürlicher Ressourcen fordert.⁷

WAHLEN
DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Die **BDP** trat zum ersten Mal zu einem nationalen Wahlkampf an. Die fünf Sitze im Nationalrat und der Sitz im Ständerat, deren Verdoppelung als Ziel formuliert wurde, waren vor der Abspaltung ursprünglich SVP-Sitze gewesen. Mit den Themen Finanzen (gegen Steuerhinterziehung, Fiskalregeln für die Sozialversicherungen), Bildung (Förderung der Naturwissenschaften) und Raumplanung (Reduktion des Landverschleisses) wollte sich die BDP als neue Kraft etablieren. „Die neue Kraft“ wurde denn auch zum Wahlkampfslogan erkoren. Da sich Eveline Widmer-Schlumpf, auch

aufgrund des bundesrätlichen Entscheides, dass sich Regierungsmitglieder nicht als Wahlhelferinnen profilieren sollten, nicht als Wahlkampflokomotive zur Verfügung stellte (siehe unten), musste der Kampagnenauftritt der BDP verschoben werden. Die Bundesrätin blieb aber das wichtigste Aushängeschild der Partei und die Bestätigung ihres Sitzes ein ständiges Thema im BDP-Wahlkampf.⁸

WAHLEN

DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Auf kommunaler Ebene sind **Parteilose** nicht mehr wegzudenken. Auf nationaler Ebene schafften es bisher allerdings nur wenige parteiungebundene Personen in die Räte. Ein Beispiel stellte Markus Stadler dar, der 2010 für den Kanton Uri als Parteiloser in den Ständerat gewählt wurde, später dann allerdings der GLP beitrug. Mit parteifrei.ch wurde für die Nationalratswahlen eine Plattform für parteilose Kandidierende geschaffen, die in ihrer Position frei seien, sich aber für eine konsensorientierte Politik einsetzen müssten. In sechs Kantonen trat parteifrei.ch mit einer eigenen Liste an: ZH, BE, BS, SO, FR, LU. Der einzige gewählte Parteilose, der Schaffhauser Thomas Minder (in den Ständerat), orientierte sich jedoch nicht an dieser Plattform.⁹

1) www.evp.ch; BZ, 32.5.11; TG, 19.7.11; LT, 8.10.11; TG, 15.10.11; LT, 21.10.11; AZ, 4.10.11; www.la-gauche.ch; Bundeskanzlei: In der Kürze liegt die Würze.

2) Medienmitteilung der GLP vom 16.6.11.

3) Presse vom 18.2.11.

4) Presse vom 24.1. und 10.2.11.

5) Presse vom 25.3.11.

6) NZZ, 17.1.11; Presse vom 29.8.11; Presse vom 26.10. und 6.12.10.

7) NZZ, 19.1.11; Presse vom 24.1.11.

8) Presse vom 15.3.11.

9) AZ, 31.8. und 6.10.11; NZZ, 1.9.11.